

Minuszinsen – eine Lösung unserer Probleme? –

Wie funktioniert das eigentlich und wie wäre dies umzusetzen?

Helmut Creutz

„Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, erwogen zu werden.... Der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ist gesund.“

John Maynard Keynes - (Allgemeine Theorie - S. 302)

über drei Viertel nun auf ein halbes Prozent geschmolzen! – Dass mit solchen niedrigen Zinssätzen und vor allem Zinssatz-Abständen auch die Steuerungsmöglichkeiten der Zentralbanken schwinden, dürfte einleuchten. Deshalb wären, zumindest bei den Einlegesätzen, Zinssätze unter Null längst überfällig.

Worum geht es?



Dass die entscheidenden Voraussetzungen für eine dauerhafte Absenkung der Zinsen nur über die Zentralbanken und deren Leitzinsen erreichbar sind, dürfte weitgehend Zustimmung finden. Dabei geht es vor allem um jenen Hauptrefinanzierungssatz, zu dem die Banken bei der Zentralbank Geld ausleihen können, was in normalen Zeiten überwiegend nur jeweils für eine Woche der Fall ist. – s. *Darstellung 1*. Der darüber liegende „Spitzenrefinanzierungssatz“ bietet den Banken die Möglichkeit, bei Bedarf noch zusätzliches Geld zu erhalten, während der untere Einlegesatz den Banken ermöglicht, übriges Geld bei der Zentralbank zu niedrigeren Zinsen zu parken, was meist nur über Nacht geschieht.

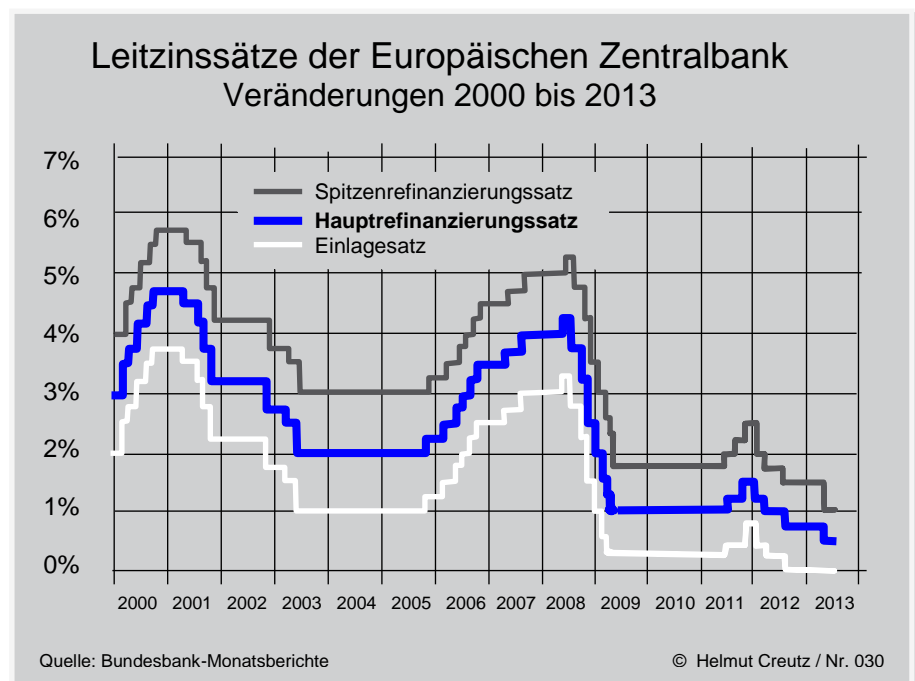
Wie aus der Darstellung hervorgeht, wurden die beiden letztgenannten Zinssätze, trotz aller Auf- und Abstiege, in der Vergangenheit immer mit einem Prozentpunkt Abstand zum Hauptrefinanzierungssatz festgesetzt. Im Zuge der mehrfachen Abstiege des Hauptsatzes 2008/09, reduzierte man jedoch diesen Abstand, „Leitzinskorridor“ genannt, auf dreiviertel Prozent, wahrscheinlich um bei dem unteren Einlegesatz nicht mit der Nulllinie in Berührung zu kommen! Doch als man im Juli 2012 den Leitzinskorridor sogar auf ein halbes Prozent absenkte, war die-

ses Tabu gebrochen: Es gab zum ersten Mal bei der Bundesbank, bzw. der EZB, einen Null-Zinssatz! Doch bei der nachfolgenden Hauptsatz-Absenkung im Mai 2013 auf ein halbes Prozent, vermißte man den nun eigentlich anste-

... und bei den normalen Zinsen zwischen Banken und Nichtbanken?



Übertragen wir diese Vorgänge zwischen Zentral- und Geschäftsbanken,



Darstellung 1

henden Durchbruch in den Minusbereich erneut durch eine Reduzierung der Zinssatz-Abstände, diesmal auf ein halbes Prozent! – Das heißt, der Vorteil, der den Banken beim „Parken“ von Überschüssen eingeräumt wird und ursprünglich bei einem Prozent lag, ist

die ja der Geldversorgung der Wirtschaft dienen, einmal auf jene zwischen Banken und Nichtbanken, die für die Kreditversorgung zuständig sind, dann würden Banken einen solchen Null-, oder Minuszins also dann einsetzen, wenn sie z.B. die Kunden

von einem Parken auf den Sichtguthaben und anderen kurzfristigen Einlagen abhalten möchten! – Doch unter den heutigen Gegebenheiten könnten die Sparer solchen Kosten durch verstärkte Bargeldhaltungen aus dem Wege gehen, bei denen ja der Liquiditätsvorteil des Geldes sogar als Plus zu Buche schlägt. – Und bei der Überwindung dieses Problems sind wir bei jenem Thema, das uns in dieser Zeitschrift seit langem „unter den Nägeln brennt“: Kurz:

Wir sind bei jener Umlaufsicherung des Geldes, die auch ohne eine dauernde Verbindung unserer Bankeinlagen mit positiven Zinsansprüchen den Geldumlauf sichern würde! Also bei der Überwindung jener Überlegenheit unseres Geldes gegenüber allen Gütern und der Arbeit, die wir uns heute – bei einer leihweisen Geld-Freigabe – mit einem positiven Zins belohnen lassen, also „zu Geld machen“ können.

D.h. wir kommen zu jenem Schlüsselproblem, das von Silvio Gesell schon Anfang des vergangenen Jahrhunderts erkannt und dessen Lösung durch Geldhaltegebühren sogar von John Maynard Keynes, als „künstliche Durchhaltekosten des Geldes“, aufgegriffen worden ist. Kurz: Wir kommen zu Kosten auf die Bargeldhaltung!

Eine solche Sicherung des Umlaufs auch ohne ständig positiven Zinsen würden nicht nur die inflationsträchtigen Geld-Überschusshaltungen vermeiden, sondern vor allem jene riesigen gehorteten Bargeldbestände abbauen, die bei panikartigen Massenabhebungen heute alle Banken in Zahlungs- und die Notenbanken in Nachschub-Probleme stürzen. – Probleme, die nicht nur – wie kürzlich auf Zypern erlebt – die zeitweise oder völlige Schließungen von Banken erforderlich machen, sondern darüber hinaus auch jene nie einhaltbaren Beruhigungs-Versprechungen der Politik, die letztendlich nur in noch höheren Staatsverschuldungen oder Inflationen enden können.

Die Größe der heutigen Bargeld- bzw. Überschusshaltungen

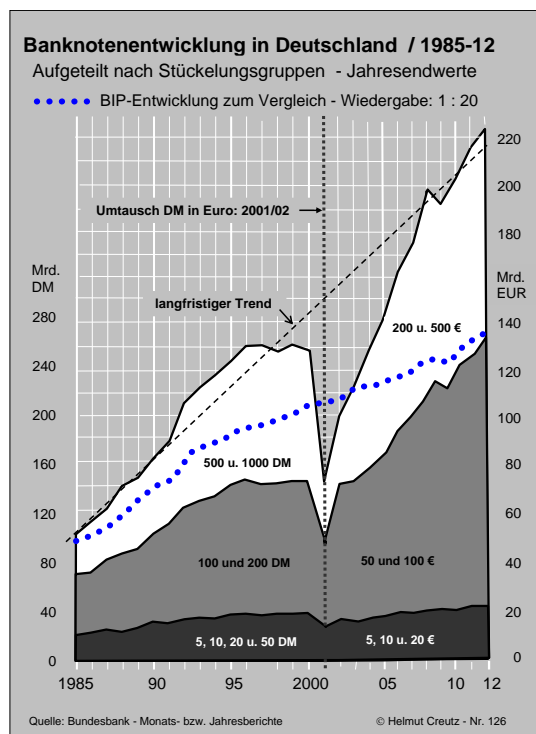
geht vor allem aus den Differenzen zwischen der ausgegebenen und der tatsächlich genutzten – und damit ei-

gentlich auch nur erforderlichen! – Bargeldmenge hervor. In einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank, die im Mai 2009 veröffentlicht wurde, heißt es dazu:

„Geht man von einer Transaktionskassenhaltung von 10% des Banknoten-umlaufs aus und legt man des Weiteren eine Auslandsnachfrage von 25% bis 35% zugrunde, so bleibt für die Hortung der Löwenanteil von 55% bis 65% übrig.“^[1]

im Bereich der Schwarzarbeit oder des Rauchgifthandels“,(!) womit man die Ausgabe dieser großen Banknoten fast als „Beihilfe“ zu diesen Delikten werten könnte.

In welchem Maße die Übervermehrung des Bargeldes die wirtschaftlichen Notwendigkeiten übersteigt, zeigt sich bei dessen Vergleich mit der nominalen Entwicklung der Wirtschaftsleistung, die in der Darstellung 2 mit fünf Prozent ihrer tatsächlichen Größe zusätzlich eingetragen ist.



Darstellung 2

Und zu diesem Überschuss dürften nicht zuletzt die in Euroland ausgegebenen beiden größten Banknoten, also die 200er- und 500er-Euro-Scheine, maßgeblich beigetragen haben, deren Anteil bei etwa 40% des gesamten Wertes aller ausgegebenen Banknoten liegt, wie auch aus Darstellung 2 ersichtlich! Das alles aber heißt, dass sich von dem durch die Deutsche Bundesbank ausgegebenem Bargeld nur ein Zehntel aktiv in unserem Land bewegt, während – wie in dem Bericht zu lesen – die großen Noten „nicht nur der Hortung, sondern auch als Teil der Transaktionskassen“ dienen, „beispielsweise

1 S. a. Bestätigung dieser Verteilung im Redebeitrag von Helmut Rittgen beim Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank im Oktober 2012: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Termine/2012/2012_10_10_frankfurt.html

Die Umsetzung solcher Geldhalte- bzw. -Rückhalte-Gebühren

Das eigentliche Problem bei den heutigen überzogenen Bargeldausgaben – mit denen die Zentralbanken ihre eigenen Stabilitätsbemühungen unterlaufen – ist jedoch die diesem Geld anhaftende Überlegenheit gegenüber allen Gütern und der Arbeit, sowohl in Bezug auf die Lagerungskosten als auch deren Werterhaltung. Ein Vorteil, den die Geldhalter, bei der leihweisen Freigabe ihres übrigen Geldes, in Form von Zinsen von den Banken erzwingen können. Doch diese heute wie selbstverständlich geforderte Zinsbelohnung, die sich dann als Belastung auf alle Wirtschaftstätigkeiten überträgt, macht wiederum ein ständiges Wachstum

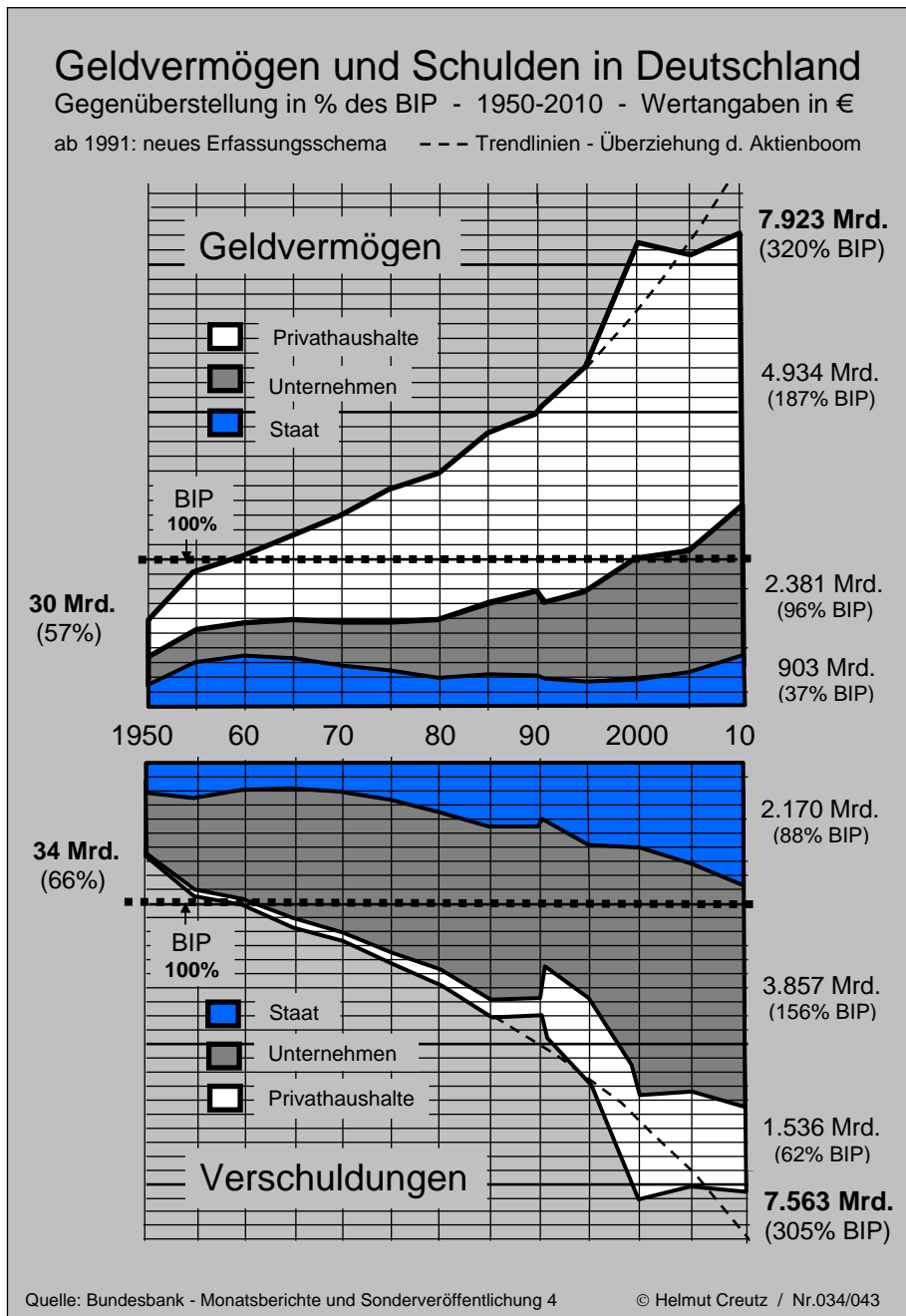
der Wirtschaft unverzichtbar. Und das nicht etwa linear oder im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung, sondern – aufgrund des Zinseszins-Effekts – sogar mit exponentiell zunehmender Beschleunigung. Und dieser Zwang führt dann wiederum zu solchen absurden Maßnahmen in der Politik, wie wir das z. B. bei den Verschrottungsprämien für intakte Kraftfahrzeuge oder den „Wachstumsbeschleunigungs-Gesetzen“ erlebt haben.

Die gleichen Probleme ergeben sich dann auch bei der Rückführung dieser Ersparnis-Überentwicklungen über Kreditvergaben, die sich, auf Grund der Sättigungen in der Wirtschaft, schon seit einigen Jahrzehnten fast nur noch über ständig zunehmende Staatsverschuldungen realisieren lassen. Wie

explosiv sich diese Staatsverschuldungen in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, geht aus der *Darstellung 3* hervor, besonders deutlich aus der Gegenläufigkeit zu den direkt darüber wiedergegebenen Geldvermögen, die bei den Öffentlichen Haushalten fast nur noch aus den unvermeidlichen Kasenhaltungen bestehen.

derselben überschritten hat. Und da die daraus resultierenden Zinsbelastungen nur noch über ständiges Wirtschaftswachstum halbwegs tragbar gehalten werden können, stehen selbst alle gesättigten Volkswirtschaften unter einem starken und ständig zunehmenden Zwang zur weiteren Leistungssteigerung, die letztlich wiederum nur

aufzubringen sind, die sich dabei ergebenden positiven Salden zwischen Zinszahlungen und Zinseinkünften jedoch nur noch einer immer kleiner und reicher werdenden Bürger-Minderheit zugutekommen. Im Klartext: Das Ergebnis dieser zinsbedingten Umverteilungs-Ströme lässt die verlierende Bürger-Mehrheit nicht nur immer größer, sondern auch immer ärmer werden. (s. auch Tabelle S. 8)



Darstellung 3

Der Grafik ist ebenfalls zu entnehmen, dass diese steil ansteigenden Staatsverschuldungen inzwischen fast die Höhe unserer gesamten Jahreswirtschaftsleistung erreicht haben und die Summe der Gesamtverschuldung aller drei Sektoren bereits das Dreifache

auf Kosten der Umwelt und damit der Zukunft umzusetzen ist.

Hinzu kommt noch, dass diese zinsbedingten Zuwachsbelastungen, versteckt in allen Ausgaben, Steuern und Gebühren, zwar von allen Bürgern

Woraus resultiert die heutige Möglichkeit der Zinsbelohnung bei der leihweisen Weitergabe von Geld?

Die für das Ausleihen erhältliche Zinsbelohnung erklärt sich daraus, dass man mit diesem Geld ein Gut in der Hand hält, das allen anderen Gütern, die man dagegen eintauschen kann, überlegen ist: Geld altert und verdirbt nicht, es wird nicht unmodern und verursacht – ebenfalls im Vergleich mit allen dagegen einzutauschenden Gütern – praktisch keine Lagerkosten. Außerdem weist es eine viel höhere Liquidität auf als alle Güter und Dienstleistungen, ein Vorteil der dem Geld gewissermaßen anhaftet und den sich der Geldhalter, bei seiner leihweisen Überlassung, ungerechtfertigter Weise mit Zinsen bezahlen lässt. Kurz: Der Verleiher kann heute, für die Aufgabe dieser mit dem Geld verbundenen Liquiditätsvorteile, eine Freigabepremie „erpressen“, eben den Zins. Und diesen selbst geschaffenen Engpass der Verknappung kann jeder Geldhalter durch längere Zurückhaltungen, sogar noch vergrößern und damit – wie beim Pokern – die Zinsen in die Höhe treiben. Keynes hat deshalb den Zins auch treffend als eine „Belohnung für die Nichthortung von Geld“ bzw. als „Liquiditätsverzichtsprämie“ bezeichnet und der Rechtswissenschaftler Dieter Suhr als „Joker im Wirtschaftsgeschehen“.

Betrachtet man diese Geldüberlassungen einmal aus der Distanz, dann zeigt sich, dass ein Verzicht auf dieses Blockierungsrecht nicht nur für den Kreditnehmer von Vorteil wäre, sondern – ähnlich wie im Straßenverkehr – letztlich für alle Marktteilnehmer – selbst für den Geldverleiher. Denn über diese Weitergabe sorgt der jeweilige Kreditnehmer mit seiner stellvertretenden Geldausgabe nicht nur für die Schließung des Geldkreislaufs, sondern auch dafür, dass die Überleistungen des

Geldverleihers, aus der die Ersparnisse resultieren, überhaupt von Dritten weiterhin nachgefragt werden können. Kurz: Jeder Kreditvorgang nützt immer beiden Seiten. Heute allerdings – wie bereits dargelegt – mit dem Nebeneffekt einer ständig zunehmenden Umverteilung von Arm zu Reich.

Was müsste zur Abbremsung und zum Abbau dieser Über- und Auseinanderentwicklung geschehen?



Eine Eindämmung dieser überzogenen Entwicklungen der Geldvermögen (und damit auch der Schulden) wäre nur bei sinkenden Zinsströmen möglich. Eine konstruktive Absenkung dieser Zinsen, bezogen auf die gesamten Geldvermögensbestände, wäre aber nur erreichbar, wenn man (statt bei den gezahlten Zinsen anzusetzen, deren Höhe ja krisenbedingt derzeit bereits niedrig ist) bei den Bargeldhaltungen ansetzen würde. Konkret: Durch eine Gebühr auf die Bargeldbestände, mit der die Überlegenheit des Geldes gleichzeitig neutralisiert würde! Also durch die Erhebung einer Art Geldrückhalte-Gebühr, die jedoch nicht auf die Verleihvorgänge der Bargeldbestände abhebt, sondern auf deren Haltung bzw. Zurückhaltung. Also eine Gebühr, die für den Sparer mit der Weitergabe erlischt.

Bei dieser Maßnahme geht es also nur um das jeweils gehaltene Bargeld, um das einzige wirkliche Geld, mit dessen regelmäßiger Nutzung (auch eine Wirkung der Umlaufsicherung) gleichzeitig dessen Kaufkraft stabil gehalten werden kann. Alle Bankeinlagen, die heute immer wieder als „Geld“ bezeichnet werden, sind dagegen nur Bestätigungen von Geldüberlassungen und damit des daraus resultierenden Rückzahlungs-Anspruchs. Und dafür dass sich diese Geldhaltekosten auch auf die Sichteinlagen und alle anderen Bankguthaben als Absenkungen der Guthaben- und Kreditzinsen auswirken, dürfte der Wettbewerb zwischen den Banken sorgen.

Während eine solche Gebühr auf das Geld bei Geldkarten und dergleichen sehr leicht regelmäßig abrufbar ist, könnte man dies beim Bargeld – wie bereits vor einigen Jahren im Umfeld der FED diskutiert – möglicherweise mit Hilfe eines eingebauten Magnet-

streifens erreichen, der die Haltezeit zwischen Empfang und Weitergabe automatisch erfasst und belastet. Es wäre jedoch zum Beispiel auch denkbar, ab und zu in einem im Fernsehen übertragenen Losverfahren bestimmte Noten-größen oder Geldschein-Endnummern zum Umtausch aufzurufen, bei dem jeweils einen Abschlag einbehalten wird. Selbst wenn bei solchen Auslosungen meist nur Nieten gezogen, würde ein solche Maßnahme nicht nur zu einer rationelleren Banknoten-Haltung führen, sondern vor allem zu ihrem regelmäßigeren Einsatz. Und das nicht nur bezogen auf die übergroßen Noten und Hortungsbestände im In- und Ausland.^[2]

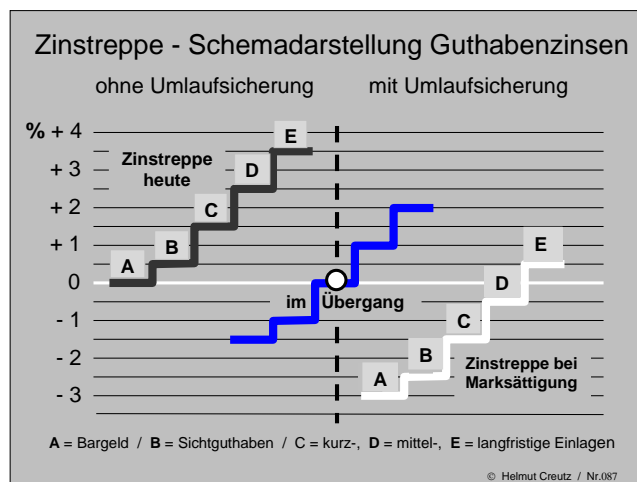
Bei diesen Überlegungen zu einer Korrektur unseres Geldsystems durch eine Geldhalte- bzw. Umlaufsicherungs-Gebühr auf die Bargeldbestände, geht es also um keine Einnahmequellen für den Staat, sondern nur um die Reduzierung der Geldmenge auf die tatsächlich erforderlichen Größen. Ebenfalls aber auch um die Bewusstmachung, dass Geld, als eine öffentliche Einrichtung, genau so sinnvoll genutzt und wieder frei gegeben werden muss, wie das beispielsweise bei den öffentlichen Verkehrseinrichtungen, also Straßen und Parkplätzen, selbstverständlich ist: Jeder hat das Recht sie zu benutzen, aber niemand das Recht sie zu blockieren. Und diese mit solchen Anti-Blockierungsmaßnahmen beim Geld erreichbare Verstetigung des Umlaufs würde es den Zentral- bzw. Notenbanken auch endlich ermöglichen, die Kaufkraft des Geldes stabil zu halten.

Wie sich das Zinsniveau bei den Banken durch solche „künstlichen Durchhaltekosten auf die Bargeldhaltung“ verändern würde, ist in der *Darstellung 4 ähnlich wie schon in der HUMANE WIRTSCHAFT 02/2013*, noch einmal als Schema dargestellt.

In dem Umfang, in dem die Geldhaltung nun mit Kosten belastet wird, würden sich die Bargeldhaltungen relativ schnell auf die tatsächlich erforderliche Mengen reduzieren und die absinkende Zinstreppe schließlich im Mittel um Null bewegen und in völlig gesättigten Wirtschaftslagen weitgehend sogar im Minusbereich. – Würden sich durch Innovationen oder aus anderen Gründen die Nachfrage nach Geld wieder beleben, könnte es – durchweg ebenfalls vorübergehend – auch wiederum zu Anstiegen aller Einlagesätze in den Positiv-Bereich kommen, bis die Knappheiten erneut überwunden sind.

Zu diesen Zinssenkungen und Anpassungen bedarf es also keiner Festlegungen oder Einmischungen durch Politik oder Gesetze. Es bedarf auch keiner Einführung eines Negativzinses auf die Guthabenbestände. Vielmehr werden sich die beschriebenen positiven Auswirkungen und Anpassungen in der Wirtschaft, ausgelöst durch die Umlaufsicherung auf Bargeld, allein durch die Marktkräfte ergeben und von diesen gesteuert werden. Eine auf diese Weise vom ständigen Zinsdruck weitgehend entlastete Wirtschaft könnte zwar bei

Bedarf jederzeit wieder wachsen, wäre aber nicht mehr – wie heute der Fall – dazu gezwungen. Denn dieser heutige Wachstumszwang resultiert ja, wie bereits beschrieben, vor allem aus den zins- und damit umverteilungsbedingten ständig zunehmenden sozialen Spannungen. Diese würden sich jedoch mit den sinkenden Zinssätzen und deren Anpassung an die Wirtschaftsentwicklung ebenso abbauen wie das heutige Überwachstum der Geldvermögen und Schulden.



Darstellung 4

² Siehe dazu auch: „Wie sich die Liquiditätsgebühr systemkonform realisieren lässt“ in *Humane Wirtschaft* Heft 2-2010 <http://www.humane-wirtschaft.de/wie-sich-die-liquiditaetsgebuehr-systemkonform-realisieren-laesst-thomas-seltmann/>

Im Gegensatz zu den Guthabenzinsen, werden die Kreditzinsen jedoch nie auf oder gar unter Null fallen, ganz einfach, weil die Bankkosten, die heute als Marge in den Zinsen stecken, ja weiterhin bestehen bleiben. Wichtig ist, dass bei diesen hier beschriebenen Veränderungen der Zinssätze keine direkten Eingriffe in den Markt notwendig werden, weder Festlegungen von Zinssätzen noch sonstige Maßnahmen. Erforderlich ist lediglich die Einschränkung der bei unserer heutigen Geldverfassung gegebenen Missbrauchsmöglichkeit in Form von Geldzurückhaltungen.

Was ist zur Einleitung einer solchen Reform notwendig?



Zuerst einmal die Einsicht, dass das von der Zentralbank herausgegebene Geld ein öffentliches und von jedem Bürger nutzbares Gut ist und solche Gemeingüter dadurch gekennzeichnet sind, dass jeder das gleiche Recht zu ihrer Nutzung hat, aber niemand das Recht zu ihrer Blockierung. Doch im Gegensatz zum Straßenverkehr ist diese Blockierung beim Geld bis heute ohne entsprechende Konsequenzen. Im Gegenteil: Statt durch Kosten die Geldhalter zu einer Freigabe ihrer überschüssigen Geldbestände zu bewegen, geschieht das heute immer noch durch Belohnungen in Form von Zinsen. Das heißt: Der Umlauf des Öffentlichen Gutes Geld wird mit Methoden gesteuert, die nicht nur destruktiv, sondern auch eklatant ungerecht sind.

Außerdem wird heute – als zweites fragwürdiges Mittel der Umlaufsicherung – von den Zentralbanken eine ständige Inflation von etwa zwei Prozent eingeplant, obwohl damit unsere Währung nicht nur schleichend ruiniert, sondern durch den Inflations-Aufschlag auf die Zinsen unser ganzes Leben verteuert wird. Doch zu dieser Maßnahme sehen sich die Zentralbanken heute gezwungen, weil sie, unter den heutigen Verhältnissen, bei einem Absinken der Leitzinsen gegen Null – wie in Japan seit mehr als zwei Jahrzehnten zu beobachten – handlungsunfähig zu werden drohen, was ansatzweise auch bei uns in den letzten Jahren bereits der Fall ist. Beide heutigen Probleme, sowohl die der ständig positiven Zinsen als auch die der Inflationen und Deflationen, würden sich also letztlich mit einer Umlaufsicherung auf das Bargeld wesentlich eindämmen wenn nicht sogar überwinden lassen.

Zu welchen Auswirkungen unser heutiges mit ständig positiven Zinsen verbundenes Wirtschaften führt, zeigt sich nicht an den gegenwärtigen und auf den Zusammenbruch zutreibenden Krisenwicklungen, sondern schon seit Jahren und Jahrzehnten auch in den Ergebniszahlen unserer Volkswirtschaft. Dies macht die Tabelle mit den Entwicklungsvergleichen von 1980 bis 2007 – also in den 27 Jahren vor den krisenbedingten Veränderungen – deutlich.

Veränderungen der Bestands- bzw. Einkommensgrößen 1980 bis 2007

(Werte in Mrd. Euro!)

	1980	2007	Anstieg:
Bruttoinlandsprodukt:	789	2428	x 3,1
Einkommen aus U und V:	163	659	x 4,0
Nettolöhne u. -gehälter:	263	623	x 2,4
Gesamte Geldvermögen:	1.215	7.846	x 6,5
Gesamte Verschuldungen:	1.200	7.545	x 6,3
Zinserträge der Banken:	88	419	x 4,8
Zinsauszahlungen d. Bkn:	67	327	x 4,9
Bankmarge:	21	92	x 4,4

Quelle: Bundesbank-Monatsberichte bzw. Sonderveröffentlichung 4 (U und V = Unternehmertätigkeit und Vermögen)

Wie vor allem den Multiplikatoren zu entnehmen, zeichnen sich bereits in den ersten Einkommensgrößen erhebliche Unterschiede zur Entwicklung der Wirtschaftsleistung, also des BIPs ab: Etwa in gleicher Größe des Überanstiegs der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, sind die Lohneinkommen zurückgefallen! Noch größer sind die Unterschiede bezogen auf die Geldvermögen und Schulden, die in den 27 Jahren etwa doppelt so stark angestiegen sind wie die Wirtschaftsleistung und fast drei Mal so stark wie die Nettolöhne und -gehälter! Damit wurde jedoch nicht nur die Massenkaufkraft erheblich reduziert (die für die Nachfrage und damit die Konjunktur in einer Marktwirtschaft immer ausschlaggebend ist!) sondern auch die Armut-Reichtums-Schere ständig weiter geöffnet. – Genau diesen Aspekt hatte der unter Roosevelt amtierende Chef der US-Notenbank, Marriner Eccles, auch bei der großen Krise Anfang der 1930er Jahre bereits einmal bestätigt:


„Bis 1929 und '30; also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise, hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet...und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen... Die Massenproduktionen der modernen Industriegesellschaft beruht aber auf einem Massenkonsum, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus...um die Menschen mit einer Kaufkraft auszustatten, die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht.“

Die positiven Auswirkungen unserer Reformansätze lassen sich an ihren Auswirkungen wie folgt ermesen:

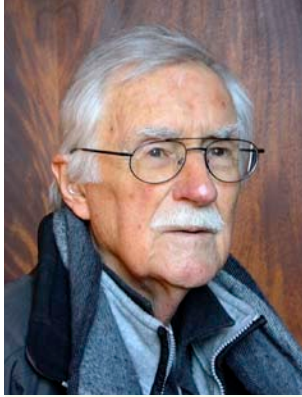


- Aufgrund marktgerechter, d.h. mit den Marktsättigungen absinkender und schließlich sogar um die Nullmarke pendelnder Zinssätze, bauen sich die automatischen Übervermehrungen der Geldvermögen ab, die uns heute zu immer höheren Kreditaufnahmen zwingen, die schon seit Jahrzehnten zunehmend vor allem von den Staaten übernommen werden müssen, ganz einfach weil Wirtschaft und Privathaushalte dazu nicht mehr in der Lage sind.
- Mit dem angestrebten zinsenkungsbedingten Rückgang der Geldvermögens- und Verschuldungszunahmen kommt es auch zu einem Rückgang der heutigen zinsstrombedingten Umverteilungen der Einkommen und damit zur Schließung der Scherenöffnung zwischen Arm und Reich.
- Als Folge dieser Entspannungen im Sozialbereich baut sich auch der Zwang zum Wachstum ab, der heute in Wissenschaft und Politik als einzige Möglichkeit gesehen wird, den sozialen Kollaps und damit die Gefährdung unseres demokratischen Gemeinwesens noch etwas vor sich her zu schieben.
- Mit der Überwindung dieses Wachstumszwangs würden sich auch die problematischen Auswirkungen unseres heutigen Wirtschaftens auf Natur und Klima abbauen und der Politik sogar die Möglichkeiten geben, diesen Entwicklungen durch ökologisch orientierte Besteuerungen zusätzlich entgegen zu wirken.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die heutigen Widersprüche der Politik, die gleichzeitig das Klima retten und die Wirtschaftsleistung steigern will, mit einer solchen Reform unseres Geldwesens in entscheidender Weise überwindbar würden. Allerdings müsste eine solche Reform im Geldbereich von einer Rückführung aller natürlichen Güter in den Allgemeinbesitz begleitet werden, wie das erfreulicherweise in unseren Tagen bereits beim Wasser gefordert wird.

Diese Forderung betrifft also letztlich vor allem den Boden und alle darin enthaltenen Wertstoffe, in die – wie heute überall zu verfolgen – das Rendite fordernde Geld zunehmend zu flüchten versucht. Denn ohne Einbeziehung dieser allen Menschen gleichermaßen geschenkten Naturgüter in die hier geforderte Geldreform, würden sich die Geldvermögen – ihrer heutigen leistungslosen Einkünfte „beraubt“ – noch stärker als heute in spekulativer Art und Weise auf das Eigentum an diesen unvermehrbaaren Naturgütern konzentrieren. 

Zum Autor
Helmut Creutz



Jahrgang 1923, nach Arbeitsdienst, Flugzeugführer- und Fluglehrerausbildung, sowjetischer Kriegsgefangenschaft und zweijähriger schwerer Krankheit ab 1949 zunächst halbtags in einem Betrieb für Innenausbau tätig, später Leiter des Planungsbüros und zeitweise Betriebsleiter. Ab 1972 freier Architekt und Schriftsteller.

Seit Ende der 1970er Jahre freiwirtschaftlich orientierter Wirtschaftsanalytiker, Publizist und Referent mit mehr als 750 Vorträgen und Seminaren, über hundert Aufsätzen und mehreren Buchveröffentlichungen, u. a.: „Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ (Wirtschaftsverlag Langen Müller Herbig, München 1993; mittlerweile in der sechsten, erweiterten und aktualisierten Taschenbuchausgabe im Druck & Verlagshaus Mainz. Wissenschaftsverlag, Aachen 2003; Übersetzungen in persischer, ungarischer, englischer und französischer Sprache; Abermals aktualisierte Neuauflage als „Das Geldsyndrom 2012 – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ im Druck & Verlagshaus Mainz. Wissenschaftsverlag, Aachen 2012) und „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ (Signum Wirtschaftsverlag, München/Wien 2004); beide Titel, wie auch das Schultagebuch eines Vaters „Haken krümmt man beizeiten“, auch als Hörbuch bei RADIOROPA (Daun 2006/2007).

Mitbegründer der Partei „Die Grünen“ in Aachen und Nordrhein-Westfalen. Aktive Mitgliedschaft in parteipolitisch unabhängigen Organisationen wie „Humane Union“ und „Terre des hommes“, sowie in Organisationen der Freiwirtschaftsbewegung wie „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO)“, „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)“, „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.“, „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ und „Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)“.

1990 Lehrauftrag an der Universität Kassel. Von mehreren Seiten für den Alternativen Nobelpreis vorgeschlagen, zuletzt im Jahr 2007. Lebt in Aachen.

Helmut Creutz:

„Wie kommt es, dass in unserem Grundgesetz das Recht auf Bildung festgeschrieben ist, dieses Recht jedoch bei uns durch Zwang verwirklicht wird, obwohl Zwang Recht immer aufhebt

und das Recht auf Bildung durch ein Zwangsbildungssystem ebensowenig erfüllt werden kann, wie das Recht auf Arbeit durch ein Zwangsarbeitssystem?“

Zitat aus „Das System – Ende eines Zeitalters“, S. 19, Erzählungen von Helmut Creutz und Hans Kühn, Gauke Verlag (1979)